

COUNTERING POPULISM AND POLITICAL DISAFFECTION

Ein Projekt von



PROJEKTBERICHT
2015-2017



INHALT

Einleitung	03
Roundtables: Berichte & Impressionen	05
Erster Roundtable: „Right-wing Populism and Political Disaffection in Europe“	07
Zweiter Roundtable: „New Ideas to Counter Right-Wing Populism and Political Disaffection“	10
Dritter Roundtable: „Civil Society as a Countercheck to Populism?“	14
Vierter Roundtable: „Populism and the Media: Insights and Strategies“	18
Zehn Strategien gegen Rechtspopulismus und politische Entfremdung	23
Mitwirkende	31
Impressum / Kontakt	39



EINLEITUNG

Populismus ist kein neues Phänomen und doch ist er für die Tagespolitik in Deutschland und Europa aktueller denn je. Populistische Bewegungen und ihre Erfolge in Europa scheinen die Idee der liberalen, westlichen Demokratie zu gefährden und verändern, wie politisch diskutiert und gehandelt wird. Was durch jüngste Wahlergebnisse und Referenden derzeit besonders im politischen Bewusstsein präsent ist, war jedoch bereits seit den Erfolgen des französischen Front National und der britischen UKIP bei der Europawahl 2014 offensichtlich: Populisten, Antiliberalen und autoritäre Strömungen haben eine kritische Masse erreicht, die nicht ignoriert werden sollte.

Dabei deuten die Veränderungen in den Parteienlandschaften auch auf gesamtgesellschaftliche Verschiebungen hin: Demokratiefeindliche und teilweise auch offen extremistische Bestrebungen haben in Deutschland und vielen weiteren europäischen Ländern zugenommen. Sinkende Wahlbeteiligungen und Zustimmungswerte für demokratische EntscheidungsträgerInnen, Institutionen und Wahlprozesse können als ernsthafte Symptome politischer Entfremdung breiter Bevölkerungsschichten gelesen werden. In Deutschland ist – verstärkt durch eine neue, digitale Mediennutzung – eine gesellschaftliche Polarisierung in politischen Fragen spürbar, die durchaus Sprengkraft birgt.

Welche Maßnahmen können also ergriffen werden? Wie sollte der populistischen Gefahr begegnet werden? Dieser Frage widmete sich das Projekt **Countering Populism and Political Disaffection** des Progressiven Zentrums, gefördert vom **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“** von Dezember 2015 bis Juli 2017. Ausgangsanahme des Projekts war, dass der Aufstieg des Populismus, die zunehmende politische Entfremdung sowie eine grundsätzliche gesellschaftliche Polarisierung Phänomene sind, die gemeinsam analysiert und diskutiert werden müssen. Die Diskussionen wurden auf einer breiten thematischen Basis und interdisziplinär geführt – um eine Einseitigkeit der Perspektiven zu vermeiden und gemeinsame Lösungen zu entwickeln.

Im Rahmen des Projekts haben wir über 200 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Medien und Politik zusammengebracht, um offen über die populistische Herausforderung in Europa zu diskutieren. In vier Roundtable-Diskussionen mit renommierten und aufstrebenden europäischen ExpertInnen haben wir Denk- und Diskursräume eröffnet, in denen neue, kontroverse und auch unausgereifte Ideen entwickelt und ergebnisoffen debattiert werden konnten. Dabei stand der europäische Erfahrungsaustausch zu Populismus, Extremismus und demokratiefeindlichen

Bewegungen im Fokus. Die übergreifende Frage aller Diskussionen war: Welche Gegenstrategien waren in der Vergangenheit erfolgreich und welche Ansätze können bisher ungenutzte Potentiale erschließen?

Anspruch des Projekts war es nicht, diese Fragen abschließend zu beantworten. Nichtsdestotrotz sollen in dieser Projektbroschüre zehn Strategieansätze vorgestellt werden, die sich aus den Roundtable-Diskussionen ergeben haben und die uns sowohl innovativ als auch politisch umsetzbar erscheinen. Dabei ist klar: Nicht alle Teilnehmenden des Projekts würden jede einzelne Strategie unterschreiben. Ziel ist es auch nicht, hochdetaillierte und unmittelbar umsetzbare Maßnahmen zu präsentieren. Vielmehr geht es darum, gesellschaftlichen und politischen EntscheidungsträgerInnen und DenkerInnen Ideen, Inspirationen und Denkanstöße zu liefern. Wenn dies gelingt, dann war unser Projekt erfolgreich.

Dabei hat das Projekt Countering Populism and Political Disaffection bereits auf eine andere Weise seine Wirksamkeit entfaltet. Mit den Roundtables und der begleitenden Debattenplattform **www.countering-populism.eu** ist es uns gelungen, transnationale Gesprächsfäden und ein europaweites Netzwerk von ExpertInnen und Stakeholdern im Bereich Populismus und Extremismusprävention aufzubauen. Einige dieser Persönlichkeiten werden in dieser Zusammenfassung der Projektergebnisse vorgestellt. Auch dadurch hoffen wir Ihnen – nicht zuletzt mit einer Vielzahl bild-

licher Impressionen – einen Eindruck vom Arbeitsprozess der vergangenen Monate zu geben.

An dieser Stelle möchten wir uns herzlich bei den vielen Mitwirkenden an diesem Projekt bedanken – bei den RednerInnen, MitdiskutantInnen und den AutorInnen von Meinungsbeiträgen. Ohne derartiges Engagement und den Mut zum „Weiterdenken“ wäre das Projekt in dieser Form nicht möglich gewesen. Wir wünschen eine anregende Lektüre und hoffen, dass die Ideen, Diskussionen und Netzwerke aus Countering Populism and Political Disaffection weiterleben werden.

Dominic Schwickert

Geschäftsführer des
Progressiven Zentrums



Laura-Kristine Krause

Programmleiterin
„Zukunft der Demokratie“



Sven Altenburger

Projektmanager
des Projekts



ROUNDTABLES: BERICHTE & IMPRESSIONEN



BERICHTE ZU DEN ROUNDTABLES

Im Projekt **Countering Populism and Political Disaffection** fanden insgesamt vier Roundtables statt. Sie hatten zum Ziel, einen europäischen Austausch zum Umgang mit Populismus zu ermöglichen, die Entstehung von Populismus zu analysieren und vor allem mögliche Lösungsansätze zu diskutieren, wie Populismus und politische Entfremdung bekämpft werden können. Populismus wurde über weite Teile des Projekts gemäß der De-

finition des Populismusforschers Cas Mudde verstanden: Als eine schmale Ideologie („thin ideology“) mit einem substantiellen Kern, der sich mit einer Vielzahl von politischen Überzeugungen kombinieren lässt. Diese weite Interpretation von Populismus erschien angemessen angesichts der sehr unterschiedlichen populistischen Parteien und Bewegungen, die im Rahmen des Projekts behandelt wurden.



ERSTER ROUNDTABLE: “RIGHT-WING POPULISM AND POLITICAL DISAFFECTION IN EUROPE”

Die Ergebnisse der polnischen Parlamentswahlen im Oktober 2015 sowie der französischen Regionalwahlen im Dezember 2015 haben das Thema Rechtspopulismus auf die tagespolitische Agenda gesetzt und auch in anderen europäischen Ländern Fragen zu den Auswirkungen von Populismus für liberale Demokratien insgesamt aufgeworfen. Vor diesem Hintergrund fand der erste Roundtable im **Dezember 2015** unter dem Titel „Right-wing Populism and Political Disaffection in Europe“ statt. Ziel dieses ersten Roundtables war es, anhand von Fallbeispielen eine Bestandsaufnahme des Populismus in Europa vorzunehmen und erste Strategien zur Bekämpfung dieser Tendenzen zu entwickeln und sie länderübergreifend zu diskutieren. An diesem Roundtable nahmen als RednerInnen teil:

- ▶ **Claudia Chwalisz**, Beraterin, Populus, Großbritannien
- ▶ **René Cuperus**, Leiter des Bereichs Internationale Beziehungen, Wiardi-Beckman-Stiftung, Niederlande
- ▶ **Werner Perger**, politischer Journalist, Deutschland
- ▶ **Emilia Zankina**, Professorin für Politikwissenschaft, American University in Bulgaria (AUBG), Bulgarien
- ▶ **Robert Misik**, Schriftsteller, Deutschland
- ▶ **Daniel Hegedüs**, Programmmitarbeiter, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Deutschland
- ▶ **Ben Stanley**, Politikwissenschaftler, University of Social Sciences and Humanities Warschau, Polen
- ▶ **Susann Rührich**, MdB, SPD-Bundestagsfraktion, Deutschland
- ▶ **Manos Papazoglou**, Professor für Politikwissenschaft, Universität der Peloponnes, Griechenland
- ▶ **Håkan Bengtsson**, Vorsitzender, Arena-gruppen, Schweden

Der Roundtable ging von der Prämisse aus, dass die nationalstaatlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Ländern zwar unterschiedlich sind, die Herausforderung durch Populismus im Kern dennoch die gleiche ist. Für eine nachhaltig erfolgreiche Strategie gegen Rechtspopulismus schien deshalb ein verstärkter Austausch auf europäischer Ebene angebracht und notwendig.

Der Vorsitzende des Progressiven Zentrums, Tobias Dürr, eröffnete die Veranstaltung mit einer Rede zu den aktuellen Gefahren des Populismus und zur kritischen Lage der Demokratie in einigen europäischen Ländern. René Cuperus, Werner Perger und Robert Misik

boten anschließend einen detaillierten Überblick zur aktuellen Lage in Europa und stellten einige Strategien gegen Rechtspopulismus sowie deren Erfolgsaussichten vor. So sei die Strategie der Missachtung von Rechtspopulisten in Ungarn und Schweden gescheitert. Eine Übernahme rechtspopulistischer Ideen durch Mainstream-Parteien hätte die Macht der Rechtspopulisten ebenso wenig gemindert. Zusätzlich spiele eine „Naming and Shaming“-Strategie, die darauf zielt Populisten bloßzustellen, vielmehr in die Hände der Populisten, da sich diese beispielsweise als Opfer darstellen können. Als deutlich erfolgreicher und konstruktiver wurden langfristige Strategien gegen Rechtspopulisten empfunden, wie beispielsweise die Entwicklung neuer Visionen bei demokratischen Parteien, eine verbesserte politische Partizipation und Debattenkultur sowie intensivierete Netzwerke von Demokraten in Europa.

Um eine vergleichende Perspektive zu ermöglichen, präsentierten ExpertInnen aus sechs Ländern kurze Fallstudien zu Strategien gegen Rechtspopulismus von Seiten der Medien, der politischen Parteien und der Zivilgesellschaft. Daniel Hegedüs stellte die Lage in Ungarn und Ben Stanley die Situation in Polen dar. In beiden Ländern sind Rechtspopulisten an der Regierung und gehören inzwischen fest zum politischen Establishment. Doch auch in Bulgarien besteht die stärkste Regierungspartei GERB aus rechten Populisten, wie Emilia Zankina anschließend darlegte. In Griechenland hingegen sind Rechtspopulisten nun Juniorpartner in der Regierung mit SYRIZA. Manos Papazoglou sprach u.a. zu den strategischen

Gründen, weshalb die linkspopulistische SYRIZA mit der rechtspopulistischen Partei der Unabhängigen Griechen (ANEL) eine Koalition eingegangen ist. Den Abschluss der Fallstudien bildeten Håkan Bengtsson, der auf den gegenwärtigen Aufstieg der rechtspopulistischen Sverigedemokraterna in Schweden hinwies. Claudia Chwalisz plädierte aus dem britischen Kontext heraus für demokratische Innovationen als Reaktion auf Rechtspopulismus.

Das Programm wurde mit einer „Dinner speech“ von Susann Rührich, MdB, Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion, zum Thema Rechtspopulismus in Deutschland abgerundet. Sie unterstrich den Stellenwert von politischer Bildung im Kontext der Bekämpfung von Rechtspopulismus. Moderiert wurde die Veranstaltung von Ursula Bazant, Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Bildung in Österreich und Policy Fellow im Progressiven Zentrum.

Dass die Veranstaltung ein hochaktuelles und brisantes Problemfeld thematisierte, wurde nicht zuletzt durch die große Anzahl interessierter und sich aktiv einbringender ExpertInnen deutlich. Darunter waren u.a. Claus Offe (Hertie School of Governance), Ann-Katrin Müller (Spiegel Online), Birgit Stöber (Copenhagen Business School), Freya Grünhagen (Friedrich-Ebert-Stiftung), Friedbert Rüb (Humboldt-Universität zu Berlin), Thomas Fischer (Deutscher Gewerkschaftsbund) und Matthias Naß (Die Zeit).



IMPRESSIENEN ERSTER ROUNDTABLE, 16.12.2015

- 01** Ursula Bazant, Bundesministerium für Bildung, Österreich
- 02** Claudia Chwalisz, Populus, Großbritannien
- 03** Robert Misik, Autor, Deutschland
- 04** Emilia Zankina, American University in Bulgaria (AUBG), Bulgarien
- 05** Manos Papazoglou, Universität der Peloponnes, Griechenland



ZWEITER ROUNDTABLE: “NEW IDEAS TO COUNTER RIGHT-WING POPULISM AND POLITICAL DISAFFECTION”



Beim zweiten Roundtable im **Dezember 2016** lag der Fokus auf neuen Ideen und Strategien zur Bekämpfung des Rechtspopulismus sowie auf grundsätzlichen Möglichkeiten zur (Wieder-)Belebung europäischer Demokratien. Im Rahmen der Diskussion sollten vor allem mittel- bis langfristige Strategien gegen Rechtspopulismus thematisiert werden, die insbesondere auf das Phänomen politischer Entfremdung eingehen und das Problem in verschiedenen europäischen Kontexten analysieren. Folgende renommierte RednerInnen konnten für die Diskussion gewonnen werden:

- ▶ **Paul Taggart**, Professor für Politikwissenschaft, University of Sussex, Großbritannien
- ▶ **Susan Neiman**, Direktorin, Einstein Forum, Deutschland
- ▶ **José Ramón Montero**, Professor für Politikwissenschaft, Autonome Universität Madrid, Spanien
- ▶ **Paula Diehl**, Wissenschaftlerin, Humboldt-Universität zu Berlin, Deutschland
- ▶ **Dorothee de Nève**, Professorin für Politikwissenschaft, Universität Gießen, Deutschland

- ▶ **Aurélien Mondon**, Senior Lecturer, University of Bath, Großbritannien
- ▶ **Sophie Gaston**, Leiterin der Abteilung Internationale Beziehungen, Demos, Großbritannien
- ▶ **Marc-Olivier Padis**, Leiter der Forschungsabteilung, Terra Nova, Frankreich
- ▶ **Giuliano da Empoli**, Vorsitzender, Volta, Italien

Die DiskussionsteilnehmerInnen stellten zu Beginn des Roundtables fest, dass in den letzten Jahren die europäischen Demokratien tiefgreifende wirtschaftliche und politische Krisen bewältigen mussten. Die Wahlbeteiligung sank in fast allen europäischen Ländern, während das Misstrauen gegenüber PolitikerInnen und politischen Institutionen stark anstieg. Rechtspopulistische und antidemokratische Kräfte beteiligen sich zunehmend an europäischen Regierungen und erzielen historisch hohe Wahlergebnisse, insbesondere in Ländern wie Ungarn, Polen und Österreich. Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass ein substanzieller Zusammenhang zwischen dem Phänomen politischer Entfremdung und populistischen Erfolgen trotz länderspezifischer Unterschiede nicht von der Hand zu weisen ist.

Dominic Schwickert, Geschäftsführer des Progressive Zentrums, und Heiko Geue, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, führten in die Diskussionen ein. Um sowohl auf Populismus als auch auf eine wachsende politische Entfremdung Antworten zu finden, wurden während des Roundtables verschiedene An-

sätze aus Wissenschaft und Politik herangezogen, die bereits seit längerem diskutiert werden. Diese reichten von kurzfristigen bis hin zu langfristigen Strategien, beispielsweise zur Erneuerung politischer Parteien oder zur Verbesserung der politischen Partizipation.

Weitere Denkanstöße lieferten José Ramón Montero, Aurélien Mondon, und Dorothée de Nève in kurzen Redebeiträgen. In der darauffolgenden Diskussion wurde auf das Phänomen der politischen Entfremdung eingegangen. Darunter zu verstehen ist ein Gefühl von Exklusion, ein Verlust der eigenen politischen Stimme und eine Wahrnehmung mangelnder Zugehörigkeit zu einer (politischen) Gemeinschaft. Außerdem zeichnet sich politische Entfremdung durch schwindendes Vertrauen in politische Institutionen und Prozesse sowie verringerter Identifikation mit Volksvertretern und Parteien aus. So lassen sich zwei Typen von Nichtwählern identifizieren: „Unplugged citizens“ sind gebildete BürgerInnen, die sich bewusst dafür entscheiden, nicht zu wählen und sich von Politik nicht angesprochen fühlen aber Fakten trauen; „Stand-by citizens“ hingegen beschreibt BürgerInnen, die sich leicht von Medien beeinflussen lassen und bei denen Emotionen im Vordergrund stehen. Ergebnis der Diskussion war, dass insbesondere Letztere eine Zielgruppe rechtspopulistischer Parteien sind. Da es nicht nur einen Typus von Nichtwählern gebe, sind außerdem vielfältige Strategien gefragt, um die politische und gesellschaftliche Teilhabe grundsätzlich zu fördern. Anstatt nur auf die Erfolge des Rechtspopulismus zu reagieren,

sollten demokratische Akteure proaktiv ihre eigenen Themenschwerpunkte setzen. Dabei sollten kulturelle und soziale Unsicherheit der BürgerInnen ernst genommen und langfristig eine gesellschaftliche Debatte über die Ausgestaltung des politischen Raums und der Öffentlichkeit angestoßen werden.

Im zweiten Teil des Roundtables kamen Paul Taggart, Paula Diehl und Sophie Gaston zu Wort und diskutierten über den eigentlichen Kern von Populismus. Populismus bedeute vor allem eine Anti-Establishment-Haltung, die Glorifizierung eines mythischen Volkes und eine Fundamentallopposition gegenüber dem System der repräsentativen Demokratie. Als Bekämpfungsstrategie hätte sich in der Vergangenheit die Ausgrenzung von Populisten als nicht besonders erfolgreich erwiesen. Daraus folgend sollten sich demokratische Kräfte vielmehr darauf konzentrieren, Gegenentwürfe zu populistischen Themenschwerpunkten zu schaffen. In den darauffolgenden Diskussionen war man sich einig, dass Populisten häufig mehr mediale Aufmerksamkeit erhalten als ihnen aufgrund ihrer politischen Bedeutung zustünde. Dadurch könnten Populisten „gewinnen, ohne zu gewinnen“. Denn auch in Ländern, in denen sie ohne Regierungsbeteiligung sind, haben Populisten es erfolgreich geschafft, die politische Agenda mitzubestimmen.

Im letzten Teil des Roundtables diskutierten Marc-Oliver Padis und Giuliano da Empoli mit welchen Strategien Thinktanks und andere gesellschaftliche Akteure gegen Populismus vorgehen könnten. Dabei hoben sie insbe-

sondere die Notwendigkeit hervor, politische Bildung stärker zu fördern, internationalen Austausch zu Populismus zu ermöglichen und Ideenräume zu schaffen, in denen Strategien erdacht und im Austausch unterschiedlicher Akteure kritisch diskutiert und durchleuchtet werden können.

Unter den zahlreichen TeilnehmerInnen des Roundtables waren u.a. Peter Dausend (Die Zeit), Maria Koomen (Carnegie Europe), Bettina Martin (BMFSFJ), Christian Odendahl (Centre for European Reform), Claus Offe (Hertie School of Governance) und Ilke Toygur (Elcano Royal Institute). Moderiert wurde die Veranstaltung von Ursula Bazant, Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Bildung in Österreich und Policy Fellow im Progressiven Zentrum. Die Philosophin Susan Neiman hielt eine Dinner Speech.



IMPRESSIONEN ZWEITER ROUNDTABLE, 07.12.2016



- 01** Sophie Gaston, Demos, Großbritannien
- 02** Giuliano da Empoli, Volta, Italien
- 03** Heiko Geue, Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Deutschland
- 04** Linnea Riensberg, Coach und Moderatorin, Deutschland
- 05** Sven Altenburger, Das Progressive Zentrum, Deutschland

DRITTER ROUNDTABLE: “CIVIL SOCIETY AS A COUNTERCHECK TO POPULISM?”



Der dritte Roundtable fand im **Mai 2017** statt und beschäftigte sich mit der Frage, wie die Zivilgesellschaft am besten auf Populismus reagieren kann. Der unmittelbare politische Hintergrund dieses Roundtables war der Sieg Emmanuel Macrons bei der französischen Präsidentschaftswahl am 7. Mai 2017 über die Kandidatin Marine Le Pen vom rechtspopulistischen Front National. Der Roundtable – gemeinsam organisiert mit der **Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa** – sollte primär zwei Fragen adressieren: Was kann die Zivilgesellschaft tun, um Populismus zu be-

geggen und wie kann sie dabei wirkungsvoll unterstützt werden? Folgende RednerInnen waren dabei eingeladen, sich zum Thema zu äußern:

- **Carlo Ruzza**, Professor für Politische Soziologie, Universität Trient, Italien
- **Juliana Wahlgren**, Senior Advocacy and Network Development Officer, European Network Against Racism (ENAR), Belgien
- **Gary Schaal**, Professor für Politikwissenschaft, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Deutschland

- ▶ **Silvia Nicola**, Trainerin, Kreisau-Initiative, Deutschland
- ▶ **René Cuperus**, Leiter des Bereichs Internationale Beziehungen, Wiardi-Beckman-Stiftung, Niederlande
- ▶ **Manuel Gonçalves Gil**, Policy Officer, European Youth Forum, Belgien

Die Eröffnungsreden übernahmen Tobias Dürr, Vorsitzender des Progressiven Zentrums, und Anne Rolvering, Geschäftsführerin der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa. Als erster Programmpunkt stand eine Diskussion zum Aufbau europäischer Netzwerke gegen rechtspopulistisch motivierten Hass und Rassismus auf der Agenda. Juliana Wahlgren berichtete aus Belgien, wie das Erstarken des Rechtspopulismus einen Anstieg rassistisch motivierter Verbrechen verursacht habe. Die Zivilgesellschaft benötige langfristige Strategien, um Rechtspopulismus effektiv zu bekämpfen, statt auf kurzfristige Lösungen zu setzen.

Im Anschluss daran folgte Carlo Ruzza, der umfassend zu Populismus, zivilgesellschaftlichen Organisationen und anti-rassistischen Bewegungen auf transnationaler Ebene geforscht hat. In der Diskussion wurde betont, dass Rechtspopulismus länderübergreifend eine akute Bedrohung darstelle, die einer wirkungsvollen und angemessenen Reaktion bedürfe und dass der Zivilgesellschaft dabei eine Schlüsselrolle zukomme. Diese müsse einen Weg finden, auch mit genau den gesellschaftlichen Gruppen in einen Austausch zu treten, die für die Botschaften von Rechtspopulisten empfänglich

sind. Um Rechtspopulismus zu bekämpfen, wurde in der Diskussion die Bedeutung eines gesellschaftlichen Konsenses und Zusammenhalts angesprochen sowie die größere Akzeptanz von vielfältigen Lebensstilen. Die TeilnehmerInnen des Roundtables waren sich darüber einig, dass die Zivilgesellschaft ein gemeinsames Wertefundament und eine gemeinsame Agenda brauche. Rechtspopulistische Gruppierungen würden eine starke, gemeinsame Identität teilen und hätten dies der fragmentierten, demokratischen Zivilgesellschaft häufig voraus.

Im zweiten Teil des Roundtables lag demzufolge der Fokus auf der Überwindung von Spaltungen innerhalb der Gesellschaft. Silvia Nicola stellte Erfahrungen aus dem Projekt „360° Europa“ der Kreisau-Initiative vor, das in fünf Ländern durchgeführt wurde. Ziel war es, UnterstützerInnen und GegnerInnen der Europäischen Union zusammenzubringen und diese in einen konstruktiven Dialog treten zu lassen. René Cuperus erklärte daraufhin, dass die Dämonisierung von Populisten zu ihrem Erstarken beigetragen habe und AkademikerInnen die populistische Gefahr ernst nehmen sollten. Deutschland müsse sich im Vergleich allerdings nicht vor dem Populismus fürchten, da deutsche Rechtspopulisten kaum Aussichten auf politische Verantwortung hätten. Diese Ansicht führte zu einer lebhaften Diskussion der Frage, ob populistische und demokratiefeindliche Bewegungen prinzipiell in Europa im Rückgang begriffen seien.

In einem dritten Teil debattierten die TeilnehmerInnen über politische Partizipation und Veränderungspotentiale in liberalen Demokratien nach einem Input von Manuel Gonçalves Gil. Jungen Menschen fehle es an Vertrauen in die traditionellen Institutionen. Aufgrund des Gefühls, mit ihren Anliegen nicht von den etablierten politischen Parteien wahrgenommen zu werden, würden sie sich von diesen abwenden. Diese jungen Menschen seien nicht unpolitisch, sondern sie wählten Alternativen zu den etablierten Parteien. Jugendorganisationen müsste daher mehr Gehör in der Zivilgesellschaft verschafft werden.

Schließlich ging der Politikwissenschaftler Gary Schaal auf demokratische Innovationen ein, die politischer Entfremdung entgegenwirken sollen. Dabei wurde als besonders wichtig betont, dass demokratische Innovationen nicht nur neue Kanäle der Einflussnahme für diejenigen sein sollten, die bereits am politischen Prozess teilnehmen. Vielmehr sollte die politische Partizipation auf viele gesellschaftliche Gruppen verteilt werden. Sonst würden neue Instrumente politische Ungleichheiten lediglich verschärfen. Ein weiterer Diskussionspunkt war die Erwartungshaltung von BürgerInnen gegenüber politischen Ergebnissen bei einer Teilnahme an innovativen Partizipationsformaten. In ihrer Folge sei oft Frustration zu beobachten, wenn die Einflussnahme auf politische Entscheidungen nicht sichtbar sei. In der Diskussion hierzu kamen Ideen für neue Formate politi-

scher Repräsentation auf (z.B. sog. „deliberative Mini-publics“ mit Quoten für bestimmte Gruppen und deren Interessen).

Am Roundtable nahmen u.a. Job Janssen (Politikberater), Lena Kiesewetter (Aspen Institute Deutschland), Alena Krempaska (Human Rights Institute Bratislava), Romy Jaster (Institut für Argumentationskompetenz), Julian Rappold (European Policy Centre) und Friedbert Rüb (Humboldt-Universität zu Berlin) teil. Lena Prötzel, Programmleiterin „Seminare“ bei der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa, resümierte die Roundtable-Diskussion und gab einen Ausblick. Moderatorin des Roundtables war Maria Skóra, Senior Project Manager beim Progressiven Zentrum.

IMPRESSIONEN DRITTER ROUNDTABLE, 22.05.2017



- 01** Carlo Ruzza, Universität Trient, Italien
- 02** Anne Rolvering, Schwarzkopf-Stiftung
Junges Europa, Deutschland
- 03** Juliana Wahlgren, European Network
Against Racism, Belgien
- 04** Silvia Nicola, Kreisau-Initiative,
Deutschland
- 05** René Cuperus, Wiardi-Beckman-
Stiftung, Niederlande

VIERTER ROUNDTABLE: “POPULISM AND THE MEDIA: INSIGHTS AND STRATEGIES”



Der vierte Roundtable fand im **Juli 2017** statt und beschäftigte sich mit der Frage der Beziehung von Populismus und den Medien. Insbesondere ging es darum, den vermuteten Zusammenhang populistischer Erfolge mit dem derzeit stattfindenden „Strukturwandel der Öffentlichkeit“, also den Veränderungen in der Medienlandschaft, zu diskutieren und besser zu verstehen, wie sich eine Veränderung des Informationskonsums bei BürgerInnen auf den Erfolg von Populismus auswirkt. Im Zentrum standen hier die Fragen: Wie nutzen Populisten die neue Me-

dienlandschaft und die neuen Informationsflüsse? Und wie sollten Medien und andere politische Akteure mit Populisten umgehen, ohne ihr Narrativ des Außenseiters zu fördern oder ihnen mehr Aufmerksamkeit zu schenken, als es ihr politischer Erfolg rechtfertigt? Ebenso ging es bei diesem Roundtable darum, den Blick nach Europa zu richten und über die Nähe zwischen populistischen Parteien und Medienschaffenden in einigen Ländern zu sprechen.

Um diese Themen zu diskutieren, waren VertreterInnen von Medien, Politik und Wissenschaft aus verschiedenen europäischen Ländern an einen Tisch geladen:

- ▶ **Maria Exner**, stellvertretende Chefredakteurin, Zeit Online, Deutschland
- ▶ **Tamás Boros**, Leiter, Policy Solutions, Ungarn
- ▶ **Sophie Gaston**, Leiterin der Abteilung Internationale Beziehungen, Demos, Großbritannien
- ▶ **Leonard Novy**, Leiter, Institut für Medien- und Kommunikationspolitik, Deutschland
- ▶ **Timo Lochocki**, Transatlantic Fellow, The German Marshall Fund of the United States, Deutschland
- ▶ **George Tzogopoulos**, Research Fellow, Hellenic Foundation for European and Foreign Policy, Griechenland

Der Roundtable wurde mit einem Beitrag zu Populismus und dem Wandel der Öffentlichkeit eröffnet. Leonard Novy betonte dabei, dass der mediale, gesellschaftliche und technische Wandel nach wie vor mehr Aufmerksamkeit von EntscheidungsträgerInnen bedürfe. Er plädierte vor allem für mehr Transparenz zu Algorithmen in den sozialen Medien. Ein besseres Verständnis der Funktionsweise sozialer Medien würde NutzerInnen befähigen, digitale Kompetenz zu entwickeln und es ihnen erleichtert, Fake News zu erkennen. Novy zufolge müsse aber vor allem eine breite öffentliche Debatte über die fortschreitenden strukturellen Veränderungen im Medienbetrieb sowie über dessen Stellenwert im digitalen Zeitalter stattfinden.

Sophie Gaston thematisierte daraufhin die Machtdynamiken zwischen Medien, PolitikerInnen und BürgerInnen. Populismus habe darauf einen grundlegenden Einfluss: Traditionell hätten Medien die Aufgabe, BürgerInnen zu informieren, zur Meinungsbildung beizutragen, Politik zu kommentieren und die Öffentlichkeit maßgeblich zu gestalten. Populisten würden aber vermehrt auch von negativer öffentlicher Aufmerksamkeit profitieren, was Fragen zur Präsentation von Nachrichten aufwerfe. Trotz des Wandels der Öffentlichkeit sei es wichtig, dass Medien weiterhin ihre zentrale gesellschaftliche Aufgabe, BürgerInnen faktenbasiert zu informieren, erfüllen.

Im zweiten Teil des Roundtables wurden die Beziehung zwischen Populismus und den Medien in Griechenland und Ungarn diskutiert. George Tzogopoulos eröffnete die Sitzung mit einer Lagebeschreibung aus Griechenland. Die enge Zusammenarbeit zwischen griechischen Banken, Medien und PolitikerInnen sowie die zahlreichen Korruptionsskandale hätten in dem Land zu einem Misstrauen gegenüber griechischen Medien geführt. Online-Medien sind deshalb für viele Menschen eine Alternative zu traditionellen Medien geworden. Diskutiert wurde auch über die Rolle von Medien beim Aufstieg der bis dahin unbekannt, rechtsextremen Partei „Goldene Morgenröte“. Die These sei durchaus zulässig, dass eine intensive mediale Berichterstattung der Partei eine prominente Stimme verliehen habe, was ihr zu schneller Beliebtheit verhalf.

Auf diesen Beitrag folgte Tamás Boros, der auf alternative Mediennetzwerke in Ungarn einging und deren Rolle beim Aufstieg des Rechtspopulismus erläuterte. Die rechts-extreme Jobbik habe so Unterstützung von WählerInnen erlangt, ohne dass in den Mainstream-Medien über sie berichtet wurde. Gleichzeitig wurde die frühere Mainstream-Partei Fidesz zu einer rechtspopulistischen Partei, während sie an der Macht war. Die Partei habe neue Mediengesetze erlassen und ein zentralisiertes Organ zur Kontrolle der Medien geschaffen, das mit Anhängern der Regierungspartei besetzt sei.

Im dritten Teil wurden mögliche Strategien gegen Populismus im öffentlichen Raum diskutiert. Timo Lochocki erläuterte die Faktoren, die Populismus förderten: So beispielsweise die verbreitete Wahrnehmung vieler BürgerInnen von Geschehnissen als „Bedrohungen“, die vermeintlich unzureichenden Reaktionen der Politik darauf sowie die Existenz einer politischen Alternative, durch die BürgerInnen ihren Unmut ausdrücken können. Es wurde diskutiert, ob mediale Akteure dafür verantwortlich seien, indem sie auf Vorkommnisse übermäßig reagieren und so das Problem erweitern. Die Vorschläge der Medien, wie auf gesellschaftliche Herausforderungen zu antworten sei, könnten von vielen BürgerInnen nicht ernst genommen werden, weil sie Medien als „Teil des Systems“ empfinden. So würden die vorgeschlagenen Optionen von Populisten oft attraktiver erscheinen, da sie als Alternative zum Mainstream empfunden werden.

Die Diskussionsteilnehmer thematisierten auch den Umgang von Medien mit Populismus kritisch. In der Vergangenheit hätten Medien Rechtspopulismus durchaus zu viel Aufmerksamkeit geschenkt, aber inzwischen aus ihren Fehlern gelernt. Am Beispiel des Zeit Online-Projekts „Deutschland spricht“ zeigte Maria Exner das verbreitete Bedürfnis der BürgerInnen, ins Gespräch zu kommen. Im Projekt sei es dezidiert darum gegangen, Menschen mit unterschiedlichen Auffassungen (z.B. zur Flüchtlingssituation) miteinander zu vernetzen. Auf diese Weise hat Zeit Online mehrere Begegnungen vermittelt. Daraufhin wurde in der Runde diskutiert, ob Medien mitunter selbst das Bild einer größeren gesellschaftlichen Spaltung und Polarisierung zeichnen, sie es tatsächlich der Fall ist. Um rechtspopulistische Tendenzen zu bekämpfen, sollten Medien Polarisierungen nicht noch verstärken, sondern gesellschaftliche Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellen. So könne man den BürgerInnen ein größeres Gemeinschaftsgefühl vermitteln.

TeilnehmerInnen des Roundtables waren u.a. Ingrid Brekke (Aftenposten), Paul-Japser Dittrich (Jacques Delors Institut), Johannes Hillje (Politikberater), Lisa Kastner (Foundation for European Progressive Studies), Chiara Rosselli (The German Marshall Fund of the United States) und Jon Worth (Blogger). Moderatorin des Roundtables war Romy Jasper, Trainerin beim Institut für Argumentationskompetenz.

IMPRESSIONEN VIERTER ROUNDTABLE, 06.07.2017



01 Laura-Kristine Krause,
Das Progressive Zentrum,
Deutschland

02 Timo Lochocki, The German
Marshall Fund of the United States,
Deutschland

03 George Tzogopoulos, Hellenic
Foundation for European and
Foreign Policy, Griechenland

04 Tamás Boros, Policy Solutions,
Ungarn

05 Maria Exner, Zeit Online,
Deutschland



IMPRESSIONEN DER VIER ROUNDTABLE



- 01** Romy Jaster, Institut für Argumentationskompetenz, Deutschland
- 02** Juliana Wahlgren, European Network Against Racism, Belgium; rechts, im Gespräch
- 03** Håkan Bengtsson, Arenagruppen, Schweden
- 04** Kemi Aladesuyi, Journalistin
- 05** Gary Schaal, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Deutschland
- 06** Mária Skóra, Das Progressive Zentrum, Deutschland

ZEHN STRATEGIEN GEGEN RECHTSPOPULISMUS UND POLITISCHE ENTFREMDUNG



WAS TUN GEGEN RECHTSPOPULISMUS UND POLITISCHE ENTFREMDUNG?

Fokus des Projekts Countering Populism and Political Disaffection war der Austausch bei den Roundtables selbst: Über verschiedene Sektoren – Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Medien und Politik – hinweg und im europäischen Vergleich. Thema der Diskussionsrunden war nicht nur die Befassung mit dem Phänomen selbst, sondern selbstverständlich der gemeinsame Blick auf Handlungsansätze und Ideen gegen Rechtspopulismus und politische Entfremdung. Eine wiederkehrende Erkenntnis war, dass sich die Herausforderungen je nach Staat und

Region durchaus unterscheiden und dass es nicht *die* Strategie gegen Populismus gibt. Vielmehr gibt es mehrere, miteinander kombinierbare Handlungsansätze, die verschiedene Sektoren unterschiedlich stark betreffen und für die jeweiligen gesellschaftlichen Umstände berücksichtigt werden müssen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sollen die am häufigsten diskutierten Handlungsansätze an dieser Stelle vorgestellt werden – um die Breite der Möglichkeiten zur Bekämpfung von Populismus aufzuzeigen und Anregung für zukünftige Debatten zu geben.



1. DEMOKRATISCHEN ENTHUSIASMUS WIEDERENTDECKEN

Es bedarf eines revitalisierten Enthusiasmus für die Idee der liberalen Demokratie an sich und für den Glauben daran, dass ein „gutes Leben“ der BürgerInnen in einem Land möglich ist. Die Fragen, was gut für unsere Gesellschaft ist und wie wir in Zukunft leben, arbeiten und wirtschaften wollen, sollten öffentlichkeitswirksamer diskutiert werden, um politischer Entfremdung entgegenzuwirken. EntscheidungsträgerInnen sollten es als zentrale Aufgabe sehen, aussagestarke Bilder einer positiven, attraktiven Zukunft zu entwickeln und sie mit konkreten Vorschlägen und Forderungen zu unterlegen. Darüber hinaus ist eine neue Haltung von Akteuren aus Zivilgesellschaft, Medien, Wissenschaft und Politik notwendig, die sich auf die eigene demokratische Rolle besinnt und Enthusiasmus für politische Debatten mitbringt.

Eine der größten Herausforderungen wird hierbei sein, den enthusiastischen Einsatz für die Demokratie nicht als Verteidigung eines wie auch immer gearteten Status Quo zu verstehen. Für das Bestehen von Demokratien ist es nämlich zentral, dass über Neues nach-

gedacht wird und sich auch Institutionen und Prozesse weiterentwickeln und erneuern. Insbesondere dafür braucht es auch wieder mehr „Zukunftsoptimismus“, also die Überzeugung, dass umfassender und positiver Wandel im bestehenden demokratischen System möglich ist.

Dabei darf auch die pro-demokratische Debatte Emotionen „wagen“ und sollte dies sogar tun. Bisher ist der Rückgriff auf emotionale Elemente fast ausschließlich Populisten überlassen, während andere politische Akteure tendenziell dazu neigen, Themen sachlich bis technokratisch zu präsentieren. Doch das Verbinden von Emotionen mit einer faktenbasierten Argumentation ist kein Widerspruch und sollte es insbesondere beim Entstehen für die freiheitliche demokratische Grundordnung an sich nicht sein. Beispiele wie die pro-europäische Bewegung „Pulse of Europe“ zeigen, dass auch der Einsatz für grundsätzliche politische Themen lohnt und diese mit Überzeugungskraft und Enthusiasmus an die Öffentlichkeit getragen werden können.

2. EINE LEBENDIGE ZIVILGESELLSCHAFT FÖRDERN

Die Migrationssituation im Spätsommer 2015 hat gezeigt, wie stark die deutsche Zivilgesellschaft sein kann. Dies hat zumindest in Deutschland noch einmal vor Augen geführt, dass ehrenamtliches Engagement ein zentraler Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist. Gemäß der Losung „Was das Gemeinwohl stärkt, ist gut für die Demokratie.“ kann deshalb ein Ansatz gegen Rechtspopulismus sein, Engagement breit zu fördern und auch zu würdigen.

Politische EntscheidungsträgerInnen sollten sich deshalb einer dauerhaften Förderung des zivilgesellschaftlichen, sozialen und politischen Engagements verpflichtet fühlen. Besonderer Berücksichtigung bedürfen dabei strukturschwache Regionen und solche, in denen rechtspopulistische Bewegungen viel Zulauf erhalten. „Engagement-Förderer“ sollten auf regionale Diversifikation Wert legen,

insbesondere bei der Vernetzung oder Auszeichnung von Personen, Organisationen und Projekten. Insbesondere im europäischen Vergleich sollten sich Förderer von Engagement von starren Vorgaben, bürokratischen Vorstellungen und kurzen Projektzyklen loslösen und stattdessen mehr Mut zur nachhaltigen Förderung zeigen. Nur so kann eine lebendige Zivilgesellschaft blühen, mit positiven Auswirkungen auf Gesellschaft und auf das politische System. Ziel sollte eine Politik sein, die Mündigkeit befördert und stärkt – und einen gesellschaftlichen Rahmen schafft, in dem Engagement und kollektiver Zusammenhalt ermöglicht werden. Zudem sollten die politischen Parteien offener für neue Mitglieder sein, Möglichkeiten zu einer zeitlich begrenzten Mitarbeit in der Partei anbieten und inklusive Verfahren der Partizipation einführen. Demokratien benötigen neue, innovative Methoden, um Partizipation stärker zu fördern.

3. IDEEN ZUM GEMEINWESEN REVITALISIEREN

Der Aufstieg populistischer Kräfte in Europa kann nicht nur anhand sozioökonomischer Faktoren erklärt werden. Das Phänomen scheint auch die Konsequenz einer „kulturellen Gegenreaktion“ zu sein. Demokratische EntscheidungsträgerInnen, die sich gegen Populismus stemmen wollen, sollten daher sowohl kulturelle, als auch identitätsstiftende Aspekte ernst nehmen. In vielen europäischen Ländern schrecken politische und zivilgesellschaftliche Akteure davor zurück, die Idee einer gesellschaftlichen Zusammengehörigkeit stärker hervorzuheben.

Diese Zusammengehörigkeit soll jedoch nicht auf ethnischen oder nationalen, sondern vielmehr auf kulturellen, politischen und weltanschaulichen Grundlagen beruhen. Gerade weil Populisten versuchen, „Die gegen uns“ bzw. „Die da oben gegen uns hier unten“ Konfliktlinien zu schüren, fehlt es an wirksamen demokratischen Narrativen als Gegenpol, die eine Verbindung zwischen WählerInnen, Parteien und politischen Entscheidungsträgern herstellen und ganz grundsätzlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern.

Ziel sollte es deshalb sein, die Identifizierung der Bevölkerung mit politischen Institutionen, Prozessen und EntscheidungsträgerInnen zu stärken und eine lebhafte Bürgergesellschaft zu fördern. Die Möglichkeiten hierfür sind vielfältig und reichen von einer Modernisierung

politischer Institutionen, Erweiterung von Teilhabeprozessen bis hin zu weichen Aspekten, wie politischer Sprache (z.B. Verwendung einer pluralistischen und aufgeschlossenen Interpretation von Patriotismus, Vermeidung von Ausgrenzung).

4. IN POLITISCHE BILDUNG INVESTIEREN

Investitionen in politische Bildung haben langfristig großes Potenzial, politischer Entfremdung und Rechtspopulismus entgegenzuwirken. Politische Bildung bedeutet zum einen die Aneignung von politischem Wissen. Zum anderen heißt es, dass die Werte liberaler Demokratien erlernt und internalisiert werden. Besonders wichtig ist politische Bildung bei jungen Menschen; wichtig ist jedoch auch, das Konzept des „lebenslangen Lernens“ zu beachten und BürgerInnen zu ermöglichen, sich in allen Lebensphasen politisch weiterzubilden. Die Bedeutung politischer Bildung beruht auf der Annahme, dass BürgerInnen, die ein fundiertes Verständnis für politische Verfahren haben, die Entscheidungen von

EntscheidungsträgerInnen sowie die Arbeit von politischen Institutionen differenzierter beurteilen können. Darüber hinaus ist politische Bildung ein effektives Mittel für Extremismusprävention – je mehr BürgerInnen die Werte unserer liberalen Demokratien leben, desto weniger wird der illiberale Populismus auf fruchtbaren Boden fallen.

Engagierte, sozial oder politisch aktive BürgerInnen entstehen nicht von alleine, sondern es braucht einen gesellschaftlichen Kontext, in dem dieses Engagement gefördert wird. Politische Bildung kann hierfür einen wichtigen Beitrag leisten. Dieses Grundprinzip sollte im Bildungskanon berücksichtigt werden.

5. POLITIK ERKLÄREN

Politik unterliegt einer spezifischen Eigenlogik. Diese ist per se nicht problematisch. Doch wenn breite Bevölkerungsschichten nicht mehr von der Politik erreicht werden oder sie ihre Mechanismen nicht zu verstehen meinen, bietet dies Populisten eine geeignete Grundlage für Vereinfachungen und fehlgeleitete Erklärungen. Politische Akteure sollten deshalb wagen, das eigene Handeln zu hinterfragen und regelmäßig reflektieren, ob einzelne Vor-

gänge und Entscheidungen auch für Außenstehende nachvollziehbar sind. Dazu gehört zum einen das Erläutern von Entscheidungen und Zusammenhängen. Zum anderen sollten „Polit-Floskeln“ vermieden werden.

Darüber hinaus haben Medien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ebenso Möglichkeiten, Politik zu übersetzen und allen BürgerInnen verständlich zu machen. Sie sollten BürgerIn-

nen dabei unterstützen, politische Prozesse besser zu verstehen, um Gründe für spezifische Entscheidungen nachvollziehen zu können. Darüber hinaus haben insbesondere Medien eine wichtige Orientierungsfunktion, nämlich nicht nur über Politik zu berichten,

sondern Geschehnisse auch einzuordnen – im Kontext mit früheren Entscheidungen und Positionen. Insgesamt sind Belehrungen wenig hilfreich. Stattdessen sollten Information und Dialog im Vordergrund stehen.

6. POPULISTEN ERNST NEHMEN, ABER IHNEN KEINE BÜHNE BIETEN

Populisten sind häufig die Gewinner der „Aufmerksamkeitsökonomie“: Sie dominieren gesellschaftliche und mediale Diskurse in einem Ausmaß, das meistens in keinem Verhältnis zu den Wahlergebnissen und ihrer tatsächlichen politischen Macht steht. Diese Schiefelage sollte korrigiert werden. Eine größere Zurückhaltung im Umgang mit Populisten – insbesondere von medialen Akteuren – wäre empfehlenswert. Große Medienhäuser könnten etwa ihre Berichterstattung zu Parteien und Bewegungen einem internen, quantita-

tiven Monitoring unterziehen, um systematische Verzerrungen in ihrer Berichterstattung zu vermeiden. Auf jeden Fall vermieden werden muss jedoch auch das andere Extrem: Wer Populisten marginalisiert oder gar gänzlich ignoriert, verstärkt nur ihr Narrativ des politischen Außenseiters und ihre selbst auferlegte Opferrolle. Stattdessen sollten Medien bemüht sein, populistische Inhalte hinsichtlich ihrer Argumentation und Forderungen zu analysieren und nicht lediglich über sie zu berichten.

7. FAKTENBASIERT ARGUMENTIEREN

Im „postfaktischen“ Zeitalter ist die Versuchung von demokratischen Akteuren groß, populistische Kommunikationsstrategien zu übernehmen. „Alternative Fakten“, „Fake News“ und überzogene Dramatisierung bergen Möglichkeiten für große und schnelle Aufmerksamkeit, die für politische Zwecke genutzt werden kann. Demokratische Akteure sollten jedoch nicht dem Drang nachgeben, auch von Sensationalismus profitieren zu wollen. Denn insbesondere die Relativierung von Fakten fördert gesellschaftliches Misstrauen

in das politische System und stellt die normativen Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Frage.

Fakten- und evidenzbasierte Argumente sollten nach wie vor die Grundlage für Debatten und Austausch im öffentlichen Raum sein. Es gibt für Demokraten keine Alternative zu einer konsistenten und prinzipiengeleiteten Debatte. Auch wenn einzelne BürgerInnen für rationale Argumentation nicht empfänglich sind, sollte man den Dialog mit ihnen nicht

aufgeben. Dabei sollten insbesondere auch populistische Ideen auf Fehler in ihrer Argumentation untersucht werden. Der „Plausibilitätscheck“ populistischer Behauptungen ist

eine ermüdende aber wichtige Strategie gegen populistische Akteure in der demokratischen Öffentlichkeit.

8. DEMOKRATISCHE INNOVATIONEN WAGEN

Wenn sich Arbeits- und Lebenswelten der Bevölkerung verändern, zum Beispiel durch die Digitalisierung, sollten auch demokratische Institutionen sich bemühen, diesen Wandel mitzugehen oder zumindest an ihn anzuschließen. Dies wird maßgeblich dazu beitragen, Legitimität und öffentliches Vertrauen in Institutionen und politische Prozesse zu wahren bzw. zurückzugewinnen. Dafür bedarf es neuer Instrumente. Vor dem Hintergrund der Bürgerbeteiligungsfrage kommt insbesondere der seit einigen Jahren stattfindenden internationalen Debatte zu *democratic innovations* eine hohe Bedeutung und Relevanz für den deutschen Kontext zu. In diesem Rahmen ist bereits eine Vielzahl von neuen politischen Beteiligungsinstrumenten erforscht und vor Ort erprobt worden. So können partizipative Stadtentwicklungsprozesse oder Bürgerdialoge etwa dazu

beitragen, dass BürgerInnen gehört werden und EntscheidungsträgerInnen von der Perspektivenpluralität profitieren. Demokratische Innovationsprozesse zeichnen sich oft dadurch aus, dass sie viele verschiedene Ansichten und Personen mit unterschiedlichsten Hintergründen zusammenbringen und auch den Perspektivenwechsel wagen, also z.B. demokratische Prozesse ausschließlich aus der Perspektive der BürgerInnen betrachten und untersuchen. Zum Innovationscharakter gehört auch, neue Instrumente auszuprobieren aber sie auch zu verwerfen, wenn sie nicht den erhofften Effekt haben. Was vordergründig als „Scheitern“ interpretiert werden könnte, ist aber letztlich die Annahme von Innovation und Veränderung, wie sie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen üblich ist. Diese Haltung sollte auch im politischen Raum eingenommen werden.

9. IN EUROPA VONEINANDER LERNEN

Demokraten in Europa sehen sich in den meisten Fällen mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert: Populismus und politische Entfremdung. Ob Dänemark, Italien, Frankreich oder Griechenland: Viele systemische Probleme sind im Kern dieselben. Trotzdem ist ein transnationaler Austausch nach wie vor die Ausnahme. Dieser Befund trifft prinzi-

piell auf alle gesellschaftlichen Bereichen zu, aber insbesondere politische Akteure können von intensiverer Zusammenarbeit profitieren. Dies scheint sich umso mehr zu lohnen, als dass Populisten seit Jahren im europäischen Austausch durchaus erfolgreich sind und voneinander gelernt haben, z.B. hinsichtlich Strategien oder Kommunikationsmaßnahmen. Es

bedarf deshalb vermehrter Anstrengungen auf allen Ebenen, um demokratische Kooperation und Austausch über nationale Grenzen hinweg zu etablieren. Denkbar sind zum Beispiel verstetigte Formate zum Austausch zivilge-

sellschaftlicher Akteure, aber auch Austausch unter nationalen Abgeordneten verschiedener Länder, sei es zu Fachthemen oder zu übergreifenden politischen Debatten.

10. NEUE DENKRÄUME SCHAFFEN

Demokratien in Europa stehen vor neuen Herausforderungen. Zum einen sind sie mit gestiegenen Ansprüchen an politische Prozesse (z.B. hinsichtlich Partizipationsmöglichkeiten und Transparenz) konfrontiert, zum anderen hat die Komplexität politischer Entscheidungsfindung in den letzten Jahrzehnten stetig zugenommen. Diese Anforderungen treiben politische und zivilgesellschaftliche Akteure sowie die Wissenschaft gleichermaßen um. Dennoch werden die Problemlagen häufig isoliert diskutiert und im Rahmen fachspezifischer Diskurse meist ohne signifikanten Praxisbezug bearbeitet. Daher werden mehr Foren und Denkräume benötigt, in denen Ideen und Lösungsansätze aus Wissenschaft und Praxis zusammenge-

bracht werden und Themenstellungen auch interdisziplinär bearbeitet werden, z.B. indem auch für politische Zusammenhänge psychologische Ansätze - wie Motivationsforschung oder das Konzept der Selbstwirksamkeit - berücksichtigt werden. Positiver Wandel kann genau dann stattfinden, wenn EntscheidungsträgerInnen, WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen Raum geboten wird, neue Ideen zu entwickeln und strategisch in den öffentlichen Diskurs zu bringen. Dabei sollte auch darauf geachtet werden, dass insbesondere diejenigen Personen einen Diskussionsraum erhalten, die nicht per se Zugang zu exekutiven, legislativen oder diskursiven Machtressourcen haben.

MITWIRKENDE



MITWIRKENDE



Sven Altenburger

war von 2015 bis 2017 Project Manager im Progressiven Zentrum und Koordinator des Projekts Countering Populism and Political Disaffection. Zurzeit ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Kiel.



Ursula Bazant

ist Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Bildung in Österreich und Policy Fellow des Progressiven Zentrums. Sie war an der Organisation des Roundtables im Jahr 2015 beteiligt, moderierte den zweiten Roundtable (2016) und hat an Beiträgen für countering-populism.eu mitgewirkt.



Håkan Bengtsson

ist Vorsitzender des schwedischen Thinktanks Arenagruppen, Journalist und Schriftsteller. Zuvor war er Redakteur bei Tvårdrag, einer sozialdemokratischen Jugendzeitung. Er war Redner beim ersten Roundtable (2015).



Tamás Boros

ist Kodirektor und Leiter der Strategieabteilung bei Policy Solutions, einem progressiven Forschungsinstitut mit Sitz in Budapest und Brüssel. Er war Redner beim vierten Roundtable „Populism and the Media“ (2017) und hat einen Beitrag auf countering-populism.eu veröffentlicht.



Claudia Chwalisz

ist Beraterin bei der Agentur Populus und ein Fellow bei Crook Public Service am Crick Zentrum der University of Sheffield. Zuvor war sie beim Thinktank Policy Network tätig. Sie war Rednerin beim ersten Roundtable (2015) und hat Beiträge auf countering-populism.eu veröffentlicht.



René Cuperus

ist Leiter des Bereichs Internationale Beziehungen und ein Senior Research Fellow bei der Wiardi-Beckman-Stiftung in Den Haag. Er war Redner beim ersten, sowie beim dritten Roundtable (2015 / 2017).



Giuliano de Empoli

ist Vorsitzender von Volta, einem italienischen Thinktank. Zudem ist er als Journalist und Autor tätig und war zuvor CEO des Verlags Marsilio. Er war Redner beim zweiten Roundtable (2016).



Dorothée de Nève

ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Gießen. Sie ist Koordinatorin des interdisziplinären Forschungsverbundes „Antidemokratische Haltungen – Herausforderungen für Bildung und Sozialisation“. Sie war Rednerin beim zweiten Roundtable (2016) und hat einen Beitrag auf countering-populism.eu veröffentlicht.



Paula Diehl

ist Politik- und Kommunikationswissenschaftlerin an der Universität Bielefeld. Ihre Forschungsschwerpunkte sind u.a. Populismus und Theorien der politischen Repräsentation. Sie war Rednerin beim zweiten Roundtable (2016) und hat einen Beitrag auf countering-populism.eu veröffentlicht.



Tobias Dürr

ist Vorstandsvorsitzender und Gründer des Progressiven Zentrums sowie Chefredakteur der Zeitschrift Berliner Republik. Er war Redner beim ersten und dritten Roundtable (2015 / 2017).



Maria Exner

ist stellvertretende Chefredakteurin bei Zeit Online und dort unter anderem für die Entwicklung neuer Magazinangebote verantwortlich. Sie war Rednerin beim vierten Roundtable (2017).



Sophie Gaston

ist Leiterin der Abteilung Internationale Beziehungen und auswärtige Angelegenheiten bei DEMOS, einem parteiübergreifenden Thinktank in Großbritannien. Sie war Rednerin beim zweiten und vierten Roundtable (2016 / 2017).



Heiko Geue

ist Abteilungsleiter im Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. Zuvor war er u.a. Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Sachsen-Anhalt. Er war Redner beim zweiten Roundtable (2016).



Julian Göppfarth

ist Doktorand an der London School of Economics (LSE). Seine Forschungsinteressen sind nationalistische Ideologien und Radikalisierung sowie europäische Politik und Philosophie. Er war Redner am vierten Roundtable (2017) und hat einen Beitrag auf countering-populism.eu veröffentlicht.



Manuel Gonçalves Gil

ist Policy Officer beim European Youth Forum und dort in der Abteilung Strategie und Beratung tätig. Er war Redner beim ersten Roundtable (2015).



Daniel Hegedüs

ist Policy Officer beim European Youth Forum und dort in der Abteilung Strategie und Beratung tätig. Er war Redner beim ersten Roundtable (2015).



Romy Jaster

ist Trainerin am Institut für Argumentationskompetenz und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für theoretische Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie war Moderatorin beim vierten Roundtable (2017).



Laura-Kristine Krause

leitet den Programmbereich „Zukunft der Demokratie“ beim Progressiven Zentrum. Zuvor war sie u.a. als Senior Associate bei der Strategieberatung Bernstein Public Policy tätig. Sie war Rednerin beim vierten Roundtable (2017).



Robert Misik

ist freier Journalist, politischer Schriftsteller und Sachbuchautor. Er schreibt regelmäßig für die Tageszeitung (taz) und die österreichischen Zeitschriften Falter und Format. Er war Redner beim ersten Roundtable (2015).



Aurélien Mondon

ist Dozent an der University of Bath. Seine Schwerpunkte sind Populismus in Großbritannien und Frankreich, Rassismus und die Krise der Demokratie. Er war Redner beim zweiten Roundtable (2016) und hat einen Beitrag auf countering-populism.eu veröffentlicht.



José Ramón Montero

ist Professor an der Autonomen Universität Madrid und war zuvor Gastdozent u.a. an der Harvard University und der University of California, Berkeley. Er war Redner beim zweiten Roundtable (2016).



Susan Neiman

ist Direktorin des Einstein Forums in Potsdam. Zuvor war sie Professorin der Philosophie an der Yale University sowie an der Universität Tel Aviv. Sie war Rednerin beim zweiten Roundtable (2016).



Silvia Nicola

ist Pädagogin und Trainerin. Sie arbeitet bei der Kreisau-Initiative zu Projekten in den Bereichen Inklusion, Zeitgeschichte und Menschenrechte sowie sozial-ökologische Transformationen. Sie war Rednerin beim dritten Roundtable (2017).



Leonard Novy

ist Publizist und freier Journalist. Er ist Leiter des Instituts für Medien- und Kommunikationspolitik in Berlin und Mitherausgeber des Blogs CARTA. Er war Redner beim vierten Roundtable (2017).



Marc-Oliver Padis

ist Leiter der Forschungsabteilung bei Terra Nova, einem französischen Think-tank. Zuvor war er Chefredakteur der Zeitschrift Esprit. Er war Redner beim zweiten Roundtable (2016).



Manos Papazoglou

ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität der Peloponnes. Er hat in Athen, York und Essex Politik- und Verwaltungswissenschaft studiert. Er war Redner beim ersten Roundtable (2015).



Werner Perger

ist freier politischer Journalist. Zuvor war er u.a. stellvertretender Chefredakteur der Zeitung Die Zeit. Er war Redner beim ersten Roundtable (2015).



Lena Prötzel

ist Leiterin des Programmbereichs für Seminare bei der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa. Sie war Teilnehmerin beim zweiten Roundtable, Ko-Organisatorin des vierten Roundtables (2016/2017) und hat einen Beitrag auf countering-populism.eu veröffentlicht.



Anne Rolvering

ist Geschäftsführerin der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa. Zuvor leitete sie das Kompetenzzentrum Internationale Verständigung der Stiftung Mercator. Sie war Rednerin beim dritten Roundtable (2017).



Susann Rührich

ist Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion. Seit 2014 hat sie den Vorsitz der Arbeitsgruppe zu „Strategien gegen Rechtsextremismus“ inne. Sie war Rednerin beim ersten Roundtable (2015).



Carlo Ruzza

ist Professor für Politische Soziologie an der Universität Trient. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Partizipation, Ethno-Nationalismus und Populismus. Er war Redner beim zweiten Roundtable (2016).



Philipp Sälhoff

leitet den Programmbereich „Internationale Beziehungen“ im Progressiven Zentrum. Er war Redner beim zweiten Roundtable und Teilnehmer beim ersten und vierten Roundtable (2015 / 2017).



Gary Schaal

ist Professor für Politikwissenschaft an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind u.a. empirische Demokratie- und Deliberationsforschung sowie Demokratietheorie. Er war Redner beim dritten Roundtable (2017).



Dominic Schwickert

ist Geschäftsführer des Progressiven Zentrums. Zuvor war er u.a. für IFOK GmbH und die Stiftung Neue Verantwortung tätig. Er war Teilnehmer beim ersten Roundtable und Redner beim zweiten Roundtable (2016).



Ben Stanley

ist Politikwissenschaftler an der University of Social Sciences and Humanities in Warschau. Seine Schwerpunkte sind Populismus, das polnische Parteiensystem und europäische Politik. Er war Redner beim ersten Roundtable (2015).



Paul Taggart

ist Professor für Politikwissenschaft an der University of Sussex und Leiter des Sussex European Institute. Er ist Autor des Buchs „Populism“ (Open University Press, 2000) und war Redner beim zweiten Roundtable (2016).



George Tzogopoulos

ist Research Fellow bei der Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELIAMEP) und beim International Centre for European Studies (CIFE). Seine Forschungsschwerpunkte sind u.a. Medien und Populismus. Er war Redner beim dritten Roundtable (2017).



Juliana Wahlgren

ist Beraterin und Entwicklungsbeauftragte beim European Network against Racism (ENAR). Zu ihren Arbeitsbereichen zählt u.a. Migration. Sie war Rednerin beim dritten Roundtable (2017).



Emilia Zankina

ist Professorin für Politikwissenschaft an der American University in Bulgarien. Dort leitet sie auch die Abteilung „Politik und Europäische Studien“. Ihre Forschungsinteressen sind Populismus, Demokratisierung und Osteuropa. Sie war Rednerin beim zweiten Roundtable (2016) und hat zwei Beiträge für countering-populism.eu veröffentlicht.

IMPRESSUM



Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Thinktank mit Sitz in Berlin. Ziel des Progressiven Zentrums ist, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen.

Das Progressive Zentrum

Dominic Schwickert, Geschäftsführer
Progressives Zentrum e.V. (V.i.S.d.P.)
Werftstraße 3, 10557 Berlin
Tel: +49 30 400 542 55
Fax: +49 30 394 053-17
mail@progressives-zentrum.org

KONTAKT

contact@countering-populism.eu
www.countering-populism.eu

Fotos (Veranstaltungen): ©Jacob & Alex
Fotos (Mitwirkende): von www.countering-populism.eu
S. 24 „arrows“ (CC BY 2.0) ©Dean Hochman
Design & Layout: Daniel Menzel

COUNTERING

POPULISM AND
POLITICAL DISAFFECTION

www.countering-populism.eu

Ein Projekt von



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**